Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1919

10.2.1919 (No. 35)

Visual Library

Montag, den 10. Februar 1919 — 162. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich: Hauptschriftleiter C. Amend. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei, beide in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 4 ℳ 75 ₰; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 4 ℳ 92 ₰ — Einzelnummer 10 ₰ — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 ₰ zuzüglich 30 % Teuerungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Das Wichtigste.

Das Abkommen über die Lebensmittellieferung an Deutschland.

*** Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Das Abkommen mit den alliierten Regierungen über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland ist am 8. Februar in Spaa nach dreitägiger Verhandlung unterzeichnet worden. An den Verhandlungen, die deutscherseits der Unterstaatssekretär von Braun vom Reichsernährungsamt leitete, haben außer den Vertretern aller beteiligten Reichsstellen Vertrauensmänner des Handels und der Ärzte teilgenommen. Der wesentliche Inhalt des Abkommens, das sich an die in Trier getroffene Vereinbarungen anschließt, ist folgender:**

Der oberste Ernährungsrat der Alliierten wird Vorsorg treffen, daß sofort rund 30 000 t Schweinefett und Schweinefleisch und 250 000 Kisten kondensierte Milch über Rotterdam nach Deutschland geliefert werden. Die Bezahlung dieser Menge ist deutscherseits durch Gold und fremde Devisen sichergestellt. Im unmittelbaren Anschluß an diese Lieferung wollen die Alliierten in Aussicht nehmen 200 000 Tonnen Weizen und Weizenmehl und weitere 35 000 Tonnen Schweinefett und Schweinefleisch zu liefern, wenn eine befriedigende Regelung der Finanzfrage bei den am 12. Februar beginnenden Verhandlungen der Finanzkommission gefunden wird.

Die Vertreter der Alliierten haben sich bereit erklärt, den Wunsch der deutschen Regierung für die weitere Versorgung Deutschlands bis zur neuen Ernte in Erwägung zu ziehen, und zwar gleichfalls unter der Voraussetzung, daß eine befriedigende finanzielle Abmachung getroffen wird. Als Bedarf ist von der deutschen Regierung für die Monate März bis August ausschließlich angegeben worden, 400 000 Tonnen Weizen, 100 000 Tonnen Fett und Fleisch für jeden dieser Monate, ferner eine Million Tonnen Mais oder andere Futtermittel für den ganzen Zeitraum. Die Erfüllung des Abkommens ist von den Vertretern der alliierten Regierung ausdrücklich abhängig gemacht worden von der Annahme und Ausführung der Bedingungen, die sie uns betreffs der Abgabe der Handelsflotte auferlegt haben und noch weiter auferlegen wollen. Es ergibt sich, daß selbst bei Annahme der Regelung eine Sicherheit für den regelmäßigen Eingang der von uns verlangten Lebensmittel nicht besteht.

Die neuen Waffenstillstandsbedingungen

„Die „Morning Post" meldet lt. „Bad. Pr." aus Paris: Die Armeekommission ist in das Hauptquartier Foch abgereist, um die neuen Waffenstillstandsbedingungen Fochs entgegenzunehmen. Die neuen Bedingungen haben Verpflichtungen Deutschlands in finanzieller Beziehung zum Hauptgegenstand.

Aus Paris wird gemeldet: Im Obersten Kriegsrat gaben Fochs militärische Sachverständige ihre Ansicht ab über die Bedingungen für die **Erneuerung des Waffenstillstandes**, u. a. über die Notwendigkeit, die Demobilmachung in Deutschland und die Warenerzeugung der deutschen Kriegsindustrie, vor allem der Essener Werke zu überwachen. Andererseits wird der Oberste Kriegsrat die Truppenstärken festsetzen, die von jeder alliierten Armee auf dem Kriegsfuße zu erhalten sein werden. Man hofft, daß die Sitzung am 8. Februar die Tagesordnung erledigen wird. Es ist noch nicht bekannt, ob anstelle Wilsons ein anderer amerikanischer Bevollmächtigter ernannt werden wird. In Abwesenheit Lloyd Georges wird Lord Millner neben Balfour im Ausschuß der 10-Großmachtvertreter sitzen. Am 10. Febrar wird ein Ausschuß der Konferenz die Persönlichkeiten hören, welche die Forderungen des Hedschas überbringen, nämlich Schekri Ganam und Dr. Bliß. Neben den Vertretern der Großmächte fördert auch der Ausschuß des Völkerbundes seine Arbeiten rüstig, damit Wilson, nach Annahme des Entwurfes, nach den Vereinigten Staaten zurückkehren kann. 12 von den ursprünglichen 22 Artikeln hat der Kongreß schon beraten.

Das neue Reichsheer.

*** Der Rat der Volksbeauftragten hat nach einer Meldung der „B. Pr." aus Weimar die Vorlage auf Bildung eines Reichsheeres verabschiedet. Die Stärke der neuen Reichsarmee soll 250 000 Mann betragen.**

Die neue Reichsregierung.

* Die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten" schreiben: „Über die Zusammensetzung der neuen Reichsregierung wird folgende Ministerliste verbreitet: Ministerpräsident: **Scheidemann**, Vizepräsident: **Payer**, Landesverteidigungsminister: **Noske** (Soz.), Reichsarbeitsamt: **Bauer** (Soz.), Reichswirtschaftsamt: **Müller**, Ernährungsamt: Robert **Schmidt**, Demobilmachungsamt: **Wissell**, Minister ohne Portefeuille: **Landsberg** (Soz.), Reichsamt des Innern: **Preuß** (Dem.), Reichsschatzamt: **Schiffer** (Dem.), Minister ohne Portefeuille: **Naumann** (Dem.), oder **Petersen** (Hamburg), Reichsfinanzamt: **Müller-Fulda** (Ztr.):, Reichskolonialamt: **Erzberger** (Ztr.): Reichspostamt: **Stegerwald** (Ztr.), Reichsjustizamt: **Bell** (Ztr.). Außerhalb der Parteikombinationen bleibt das politisch neutrale Auswärtige Amt mit **Graf Brockdorff-Rantzau**. — Es ist möglich, meint hierzu die „Berl. Ztg.", daß diese Liste im wesentlichen zutrifft. Aber die Dinge sind noch längst nicht so weit. Sollte der Posten des Ministerpräsidenten dem Zentrum zufallen, so wird sich in diesem Falle, wie die „Germania" mitteilt, die Fraktion für die Annahme desselben entscheiden.

* Vom Tage.

(Die Nationalversammlung in Weimar. Das Echo der Rede Eberts in Frankreich. Der Streik in England.)

Die Tagung der deutschen Nationalversammlung in Weimar ist bis jetzt in einer durchaus würdigen Form verlaufen. Die Störungen von spartakistischer Seite, die man mit Recht zu befürchten hatte, sind ausgeblieben. Die mit großer Entschiedenheit und Umsicht getroffenen Schutzmaßnahmen haben wahrscheinlich hingereicht, um den Spartakisten Gewaltakte als nicht empfehlenswert erscheinen zu lassen.

Die Reden, die bisher gehalten wurden, bewegen sich auf einer recht bedeutenden Höhe. Erfreulicherweise ist über die Nationalversammlung davon durchdrungen, daß es vor allem notwendig ist, rasche und gute Taten zu vollführen. So ist man denn bereits am Samstag in die Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt eingetreten. Wie es heißt, soll die Beratung so schnell, wie nur irgend möglich, wahrscheinlich noch heute, zu Ende geführt werden.

Der Staatssekretär des Innern Dr. Preuß hat den Entwurf mit einer gehaltvollen und anregenden Rede begründet. Der eigentliche Reichsverfassungsentwurf wird ja bekanntlich von dem Staatenhaus, d. h. von der für diesen Zweck gebildeten Kommission freistaatlicher Regierungsvertreter, durchberaten; er soll dann der Nationalversammlung zur endgültigen Beschlußfassung unterbreitet werden. Die Rede des Staatssekretärs ist auf einen Ton gestimmt, der auch in den einzelnen Freistaaten nicht unsympathisch berühren wird. Dr. Preuß scheint sich davon überzeugt zu haben, daß es besser und richtiger ist, den Gedanken der Reichseinheit mit dem der Beibehaltung des bundesstaatlichen Charakters auf der Basis der Gleichberechtigung und des vernünftigen Ausgleiches miteinander zu verschmelzen, statt, wie er es anfangs geplant hatte, der Idee der Zentralisation die alles beherrschende Rolle zuzuweisen.

Was die Rede Eberts betrifft, so wird sie von einem großen Teil der französischen Presse und von einzelnen englischen Blättern sehr unfreundlich, ja stellenweise geradezu gehässig aufgenommen. Die französische Presse namentlich bemüht sich, die Rede im chauvinistischen Sinne zu deuten, indem sie ihren Lesern einredet, aus den Worten Eberts spreche eine überhebliche Verkennung der Sachlage und das Bestreben, mit den Mitteln der alten Militärpartei zu arbeiten. Der „Matin" spricht von einem „deutschen Manöver", von einer Politik der „Erpressung" und ist ganz besonders darüber entrüstet, daß Deutschland sich mit Deutsch-Österreich vereinigen will. Ein englisches Blatt behauptet, die Rede Eberts überschütte die Alliierten mit Schmähungen und Drohungen.

Der ganze verbrecherische Größenwahn eines brutalen Siegers spricht aus diesen Pressestimmen. Wenn es nach dem Willen der französischen Kriegshetzerpresse ginge, müßten wir allerdings die Fußtritte, die wir täglich erhalten, nicht nur ruhig hinnehmen, sondern sie noch mit Dank und fröhlichem Lächeln quittieren. Diese Hetzblätter vergessen ganz, daß wir durchaus bereit sind, uns in unser wahrlich furchtbares Geschick zu fügen, daß wir ehrlich gewillt sind, die entsetzlich harten Waffenstillstandsbedingungen zu erfüllen, daß wir aber nicht hündisch genug sind, um nichtswürdige Gewaltakte, die den Waffenstillstandsvertrag einfach durchbrechen, schweifwedelnd hinzunehmen. Und solche Gewaltakte hat sich die Entente bereits in Hülle und Fülle geleistet. Daß wir gegen diese fortwährenden Rechtsbeugungen und Rechtswidrigkeiten protestieren, und daß wir ihnen gegenüber wenigstens das Recht der Klage und der Anklage ausüben, daß wir unsere Feinde darauf aufmerksam machen, daß sie mit ihrer Politik der Vergewaltigung unser Volk zur Verzweiflung treiben, das ist doch wahrlich nicht verwunderlich.

Wir haben, wie es uns scheinen will, noch lange nicht früh und noch lange nicht energisch genug auf die drohenden Folgen dieser elenden Politik feiger Rachsucht hingewiesen. Immer wieder hätte man dem Feinde ins Ohr schreien müssen, wie diabolisch seine ganze Politik ist, eine Politik, die uns auf der einen Sete die härtesten Forderungen auferlegt, uns aber auf der anderen Seite mit rücksichtsloser Gebärde die Möglichkeiten nimmt, um alle diese Forderungen bis ins kleinste zu erfüllen. Die Entente spielt mit uns jenes grausige Spiel, bei dem man den unterlegenen Gegner dazu verurteilt, tausend Schritte in fünf Minuten zurückzulegen, ihm aber zuvor das eine Bein abschneidet. Es gehört das Gemüt eines Satans dazu, um dann noch darüber zu lachen, wie der arme Verstümmelte sich abmüht, der Forderung zu genügen. Und es gehört ein wahrhaft unmenschlicher Hochmut und eine wahrhaft unmenschliche Hartherzigkeit dazu, wenn man es der armen Kreatur verwehren wollte, seiner gerechten Empörung in Worten der Klage und der Anklage Luft zu machen.

Eberts Rede war eine Rede, aus der die herannahende Verzweiflung eines ganzen Volkes spricht. Und wenn seine Worte überhaupt der Rechtfertigung bedurften, so erhalten sie diese jetzt in ausreichendem Maße durch das Echo, das ihnen aus der französischen Presse entgegenschallt.

Wir glauben indessen, daß die verantwortlichen Staatsmänner der Entente es sich doch dreimal überlegen werden, bevor sie dieser Tonart der französischen Kriegshetzerpresse nachgeben und uns wirklich zur Verzweiflung treiben. Die Lage bei ihnen ist doch so, daß sie selbst an der baldigen Anbahnung friedlicher Beziehungen ein starkes Interesse haben. Noch immer weiß man nicht, was in Italien geschehen wird, ob es gelingen wird, jene schon seit längerr Zeit angekündigte, große Revolution des ganzen Landes zu vermeiden. Und der Arbeiterstreik in England, der in kurzer Zeit einen Riesenumfang angenommen hat, zeigt der Entente deutlich, wie bitter nötig sie selbst den Frieden hat. Aber auch das merkwürdige Verhalten Japans ist dazu geeignet, innerhalb der Entente Sorge hervorzurufen, ganz abgesehen von der Masse der eigentichen Friedensprobleme, die sich unseres Erachtens nur dann werden befriedigend lösen lassen, wenn man die einzige große Kulturmacht, die den Westen vor der Gefahr des Bolschewismus schützen kann, nämlich Deutschland, am Leben läßt.

Wir bezweifeln nicht, daß Wilson diese Sachlage vollkommen überblickt, und daß er ernstlich gesonnen ist, einen Frieden der Vergewaltigung zu verhindern; und zwar wird er diese seine Politik mit um so größerer Wucht durchsetzen können, als die Berner Sozialistenkonferenz sich im Wesentlichen zu seinen Grundsätzen bekannt hat. Aber besser wäre es, wenn Wilson sich nicht einseitig den eigentlichen Fragen des Friedens gewidmet, sondern auch der Art und Weise, wie Frankreich und England die Waffenstillstandsbedingungen handhabt, seine Aufmerksamkeit geschenkt hätte. Man muß sich immer wieder fragen: Wie soll denn aus dem Geiste der Rachsucht und der Vergewaltigueng, wie er sich in den Maßnahmen Englands und Frankreichs kundtut, ein Frieden der Völkerversöhnung ergeben? Während Wilson und mit ihm die Arbeiterschaft der Welt Frieden und Verständigung predigen, säen Frankreich und England Haß in die Gemüter. Daß eine solche Aussaat des Hasses überhaupt möglich war, das hätte Wilson verhindern können und demnach auch verhindern sollen. Selbst, wenn man sich auf den — natürlich nicht berechtigten — Standpunkt der französischen Kriegshetzerpresse stellen wollte, daß das ganze deutsche Volk für das Tun seiner alten Regierung verantwortlich zu machen ist, so müßte man doch ehrlicherweise zugeben, daß unser Volk nun wahrlich genug gestraft ist, und daß es jetzt für die Entente endich an der Zeit wäre, in die Bahnen der Vernunft und der Mäßigung einzulenken! A.

Deutsche Nationalversammlung.

* In der Sitzung vom 8. Februar wurde zunächst eine Reihe weiterer Glückwunschadressen und Telegramme verlesen. Sodann wird das Ergebnis der **Schriftführerwahlen** bekannt gegeben. Gewählt sind Rich. Fischer (Soz.), Dr. Neumann-Hofer (Dem.), Stuecklen (Soz.), Dr. Pfeiffer (Zentr.), Kempke (Deutsche Volksp.), Boltz (Zentr.), Malkewitz (Deutsch-Natl.) und Frau Agnes (Unabh. Soz.). Hierauf trat das Haus in die Tagesordnung ein.

Staatssekretär Dr. **Preuß** ergriff das Wort zur Begründung des **Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt** und führte u. a. aus:

Wir sind heute ein Volk nach schweren Kriegsleiden, nach dem Verlust eines der gewaltigsten Kriege der Weltgeschichte, ein Volk aber, dem die Art, wie es an der Front und hinten im Lande diese schweren vier Jahre durchgekämpft hat, das Recht gibt, vertrauensvoll auf seine eigene Zukunft zu blicken. Es bedarf das, was durch die Revolution geschehen ist, nun der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch die Nationalversammlung. Das Reich als solches, die Gesamtheit der deutschen Nation, von der wir erwarten dürfen, daß sie sich durch den Zutritt unserer deutschen Brüder aus Österreich ver-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

vollständigen wird, ist der feste Bestand, den wir in den neuen Zustand hinübernehmen.

Auch in den Wirren der letzten Vergangenheit ist im großen und ganzen der ordnungsmäßige Gang der Geschäfte im wesentlichen aufrechterhalten worden. Ich glaube an dieser Stelle den Kräften des Beamtentums, die sich ohne Rücksicht auf politische Überzeugung in den Dienst der Aufrechterhaltung der vaterländischen Ordnung und der Erledigung der vaterländischen Geschäfte gestellt haben, Anerkennung aussprechen zu müssen. (Beifall.)

Ein großer und mächtiger Drang in unserem Volke geht nach stärkerer Vereinheitlichung, ein Drang nicht nur des Gefühls, sondern der harten, materiellen Notwendigkeit. Will Deutschland nach allem, was geschehen ist, wieder aufsteigen unter den Nationen, so muß es mehr noch als bisher seine Einheit betonen und stärken. (Sehr richtig!) Aber der Gegensatz dazu lag keineswegs bloß in den Dynastien. Möglichst muß dieses Werk auf dem Wege freundlicher Vereinbarungen zuwege gebracht werden. Es ist nicht zu verkennen, daß auch ein gewisses Weniger, das auf dem Wege der Freiwilligkeit erreicht wird, wertvoller sein kann, als ein Mehr, das unwillig durchgesetzt wird, aber am letzten Ende dürfen Lebensnotwendigkeiten der Gesamtheit darunter keinen Schaden leiden. Darauf aber zu warten, bis eine solche Verständigung nach Möglichkeit durchgeführt ist, das ist nicht möglich, denn, was das Eiligste und Notwendigste für den Zustand unseres gesamten Vaterlandes ist, das ist, so schnell wie möglich eine rechtliche Ordnung zu gründen, die durch die Sanktion dieser souveränen Versammlung die Organisation darstellt, die im Innern Deutschlands eine sanktionierte Gewalt ausüben kann und die dem Auslande gegenüber über jeden Zweifel erhaben und berechtigt ist, im Namen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen und zu handeln.

Aus der Erkenntnis heraus, daß der Abschluß dieses Werkes zur Eile mahnt, ist der Entwurf der Festlegung einer vorläufigen Reichsgewalt hervorgegangen. Dieser Entwurf ist ein Kompromißentwurf, er kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. Gerade die schwierigsten Fragen, besonders die der Kompetenz zwischen Reich und Einzelstaaten und gewisse andere Kompetenzfragen, mußten aber von vornherein ausgeschaltet werden; denn gerade über sie wäre nicht schnell eine Einigung zu erzielen gewesen. Diese Nationalversammlung hat von sich aus mit niemand zu vereinbaren, sondern hat zu beschließen, aber sie hat selbstverständlich das Recht und die Pflicht, zum Heile des Ganzen und zum schnellen Zustandekommen des Entwurfes die ihr zustehende Souveränität selbst zu beschränken.

Über die Verfassung entscheidet die Nationalversammlung selbst endgültig mit der einzigen Ausnahme, daß der Gebietszustand der Freistaaten nur mit deren Zustimmung abgeändert werden kann. Anders als bei der Reichsverfassung soll der Gang bei den anderen dringenden Gesetzen sein, für die die Nationalversammlung in Frage kommt. Hier wird keine Zustimmung der einzelstaatlichen Vertretungen vorgesehen, sondern Übereinstimmung zwischen dem Staatenausschuß und der Nationalversammlung. Weiter ist die Möglichkeit vorgesehen, strittige Fragen im Wege der Volksabstimmung zur Entscheidung zu bringen. Wir müssen und wollen uns mit den Vertretungen der Einzelstaaten einigen; wenn aber eine Einigung nicht zu erzielen ist, so war es früher zweifellos ein Rückstand, daß der Regierung damit der Weg zum Reichstage versperrt war. Das ist jetzt beseitigt. Diese Änderung ist von erheblicher Bedeutung; denn sie verhindert, daß Entwürfe der Reichsregierung von vornherein im Schoße des Staatenausschusses verschwinden.

Staatssekretär Preuß kam dann auf die bereits bekannten Bestimmungen des Entwurfes über den **Reichspräsidenten** und das **Reichsministerium** zu sprechen. „Den alten, ehrwürdigen Namen für das leitende Amt", erklärte Preuß, „den Titel „Reichskanzler", haben wir zunächst in diesem provisorischen Gesetzentwurf nicht eingesetzt, sollte es aber der Wunsch der Versammlung sein, etwas derartiges jetzt schon einzuführen, so stehen prinzipielle Bedenken keineswegs entgegen. Bei aller Unvollständigkeit darf man jedenfalls dem Entwurf zugute rechnen, daß er keiner Weise die Wege versperren wird, die bei der definitiven Verfassung zu gehen sind.

Wir stehen jetzt vor der Aufgabe, die **großdeutsche Republik** zu gründen, und keine der Bestimmungen dieses Entwurfes steht der definitiven Verfassung im Wege. Gewiß, es müssen Wünsche der Parteien, es müssen auch Wünsche der Reichseinheit bei diesem vorläufigen Entwurf etwas zurückgestellt werden, aber über all diesen Wünschen steht, glaube ich, bei allen Teilen dieses hohen Hauses, die Liebe zum gesamten Vaterland. Mehr noch als im Glück heißt es jetzt im Schmerz und Leid für uns alle: Deutschland über alles! (Beifall.)

Da keine Wortmeldungen vorlagen, war die erste Beratung geschlossen.

Nächste Sitzung Montag, nachmittag 3 Uhr. Zweite Beratung des Verfassungsentwurfes. Schluß nach 4 Uhr.

In der Nationalversammlung sind 7 **Ausschüsse** gebildet worden: 1. Der Haushaltsausschuß mit 28 Mitgliedern, 2. der Wahlprüfungsausschuß mit 14 Mitgliedern, 3. der Geschäftsordnungsausschuß mit 21 Mitgliedern, 4. der Wirtschaftsausschuß mit 28 Mitgliedern, 5. der soziale Ausschuß mit 28 Mitgliedern, 6. der Rechnungsausschuß mit 14 Mitgliedern, 7. der Petitionsausschuß mit 28 Mitgliedern.

Die Konferenz auf der Prinzeninsel.

In der russischen Frage ist die Pariser Friedenskonferenz zu dem viel kritisierten Kompromiß, eine Spezialkonferenz nach der Prinzeninsel einzuberufen, gelangt. Über dessen Vorgeschichte wird den „Basler Nachrichten" von ihrem Pariser Korrespondenten geschrieben: „Die Konferenz der Alliierten für den Vorfrieden wird in der Hauptsache die **Konferenz der fünf Großmächte** sein. Die Staaten zweiten Ranges bringen ihre Anliegen vor den Richterstuhl der Großmächte, und diese beschließen letzten Endes, was zu geschehen hat. Das sieht ziemlich willkürlich aus. Aber es ist doch schon schwer zu sagen, welche andere Methode ebenso rasch oder nicht viel langsamer zum Ziele geführt hätte. Und dieser Rat der wichtigsten Persönlichkeiten der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und Japans ist schon so etwas wie ein internationales Schiedsgericht. **Wenn** sich diese fünf Staaten über alle Fragen auf einer **andern Grundlage als der der Selbstbereicherung oder der Bereicherung der Klienten einigen** können, so ist das schon ein sehr schönes Resultat. Die **Prinzipien**, die verkündet wurden, sind ausgezeichnet. Es handelt sich jetzt darum sie in **Taten** umzusetzen.

Die Konferenz der Großmächte hat das Studium des russischen Problems an die Spitze gestellt. Dies zeigt, daß man seine Wichtigkeit anerkennt und läßt den Nebenschluß zu, daß man über die Frage der neuen deutsch-französischen Grenze mit einer leichten Einigung rechnet. Es handelt sich zunächst darum, zu wissen, ob man den **Russen** irgend eine Vertretung am Kongresse zubillige, und dann galt es, sich über **eine** Politik in **Rußland** zu einigen.

Über das Prinzip, Vertretungen russischer Regierungen zum Friedenskongreß zuzulassen, ist jedermann von Anfang an einig gewesen. Es hat im September 1914 Frankreich, es hat später der ganzen Entente die besten Dienste geleistet. Die russische Armee tat, was sie konnte, und wenn sie schließlich unterlag, so ist es darum, weil sie auf eine stärkere militärische Organisation gestoßen war. Die **Niederlage** ist nicht infolge eines Verrates gekommen, sondern der Verrat war die Folge der Niederlage. Heute, unter dem Regime der Lenin und der Trotzki, ist **Rußland** allerdings **kein Verbündeter mehr**. Aber gegen die Herrschaft der Bolschewiki haben sich **ganze Gebiete Rußlands aufgerichtet**. Diese und ihre Behörden müssen nicht nur als Feinde, sondern als Verbündete angesehen werden. Dies ist der **französische** Standpunkt in der russischen Vertreterfrage. Die französische Politik scheint die **vorläufige Auflösung des alten russischen Reiches in verschiedene Teilstaaten**, wenn nicht zu begünstigen, so doch als unabwendbare Tatsache anzunehmen.

Die **englische** Regierung ist in dieser Vertreterfrage einen Schritt weiter gegangen. Sie stellte sich auf den Standpunkt, daß man sich in innerpolitische russische Angelegenheiten nicht einzumischen habe. Tatsache sei, daß Rußland an verschiedenen Orten verschiedene Regierungen habe; die einen seien bürgerlich oder sozialistisch, die andern bolschewistisch. Man solle es den Russen überlassen, schließlich das ihnen genehme Regime zu wählen und gegen Versprechen eines Waffenstillstands im Bürgerkrieg auch die **Vertreter der Bolschewiki** an den grünen Tisch nach Paris laden. Man tut wirklich gut daran, sich zu erinnern, daß Lloyd George im Wahlkampf stand, als er für diese Politik eintrat, und daß ihm verschiedene Zwischenfälle die **Kriegsmüdigkeit der Engländer sehr augenfällig machten**. Die französische Regierung trat der englischen Auffassung mit allem Nachdruck entgegen. Sie hält es für unmöglich, Delegierte einer Regierung, die sich gemeiner Verbrechen zu schulden kommen ließ und deren Ziel die allgemeine Anarchie in Europa ist, an den Pariser Konferenzen teilnehmen zu lassen. Die Auffassung der Regierung ist nicht nur von der Mehrheit des Landes, sondern auch von vielen russischen Vereinigungen in allen europäischen Staaten gebilligt worden.

Mit der Auffassung in der Vertreterfrage hängt auch die Auffassung über die in Rußland zu befolgende Politik zusammen. Der **englische Standpunkt erfordert Neutralität**, der **französische Kampf gegen die Bolschewiki**.

Angesichts dieser Verschiedenheit der Meinungen haben es die Großmächte für richtig gehalten, die ganze russische Frage noch einmal zu prüfen. Es ist offensichtlich, daß Engländer und Franzosen von verschiedenen Basen ausgegangen sind. Es galt zunächst die Basen zu vergleichen. Man studierte und diskutierte die Rapporte der Agenten der verschiedenen Regierungen. Man hörte den eben zurückgekehrten Botschafter Noulens an. Noulens ist einer der Führer der französischen sozialistischen Radikalen und seine ganze Vergangenheit schützt ihn vor dem Verdacht, einer reaktionären Politik Vorschub leisten zu wollen. Der dänische Gesandte v. Scavenius, der monatelang die Interessen zahlreicher Mächte in Petersburg vertreten hat, brachte ein vernichtendes Requisitorium gegen die Bolschewiki vor. Andere Zeugen, auch aus der nichtbolschewistischen russischen Welt, werden noch gehört. All das soll den Großmächten erlauben, ihre gemeinsame Politik in Rußland festzulegen.

Der **französische Standpunkt** ist dabei folgender: Der Bolschewismus ist eine Gefahr für ganz Europa, vielleicht für die ganze Welt. Es bleibt nichts anderes übrig, als ihm entgegenzutreten. Dies kann dadurch geschehen, daß man die antibolschewistischen Regierungen materiell und moralisch unterstützt und jeden Kompromiß, auch jede Fühlung mit den Bolschewiki ablehnt. Daß die militärische Anstrengung groß sein müsse, glaubt man hier nicht. Die polnischen Divisionen und einige westeuropäische und amerikanische Freiwilligendivisionen würden nach hiesiger Ansicht genügen, um **der nationalen Opposition gegen den Bolschewismus in Rußland den nötigen Halt zu geben**. Frankreich hält den Kampf gegen den Bolschewismus nicht nur im europäischen, sondern auch im französischen Interesse für notwendig. Der Bolschewismus würde Rußland so herunterbringen, daß es früher oder später ganz unter die Abhängigkeit der Deutschen käme. Frankreich hat kein Verlangen, die Deutschen vom Rhein bis zum Ural herrschen zu sehen."

Politische Uebersicht.

Zur Präsidentenfrage.

Wie aus parlamentarischen Kreisen bekannt wird, hat auch der gestrige Sonntag noch keine Klärung in der Frage der drei Präsidentenstellen (der Nationalversammlung, des Reiches und des Reichsministeriums) gebracht. Es steht durchaus noch nicht fest, ob die Sozialdemokraten überhaupt eine dieser Präsidentenstellen abgegeben werden. Die endgültige Entscheidung wird erst in einer für Montag anberaumten Fraktionssitzung der Mehrheitssozialisten fallen.

Der Etat des Reichspräsidenten.

* Der Reichspräsident wird, wie das „Berl. Tagebl." meldet, voraussichtlich im Schlosse Bellevue in Berlin Wohnung nehmen. Außer dem Schloß Bellevue soll das Reichskanzlerpalais in Frage kommen. Außer einer festen Zuwendung sollen dem Reichspräsidenten noch mehrere Hunderttausend Mark zu Repräsentationszwecken gewährt werden, doch werde die gesamte Summe eine Million nicht erreichen.

Soldatenräte und Regierung.

* Der Anfang der Woche im Sitzungssaal des preuß. Herrenhauses zusammengetretene Kongreß der deutschen Soldatenräte hat, nach dem L.-A., eine ziemlich kräftige **Stellungnahme gegen die Regierung** gezeigt. Es waren insgesamt 21 Korps mit 42 Vertretern anwesend. Nur das 18. und 14. Korps fehlte noch. Ferner war der Zentralrat der Luftschiffer und der Flieger, sowie ein Vertreter der Schutztruppe anwesend. Zum Schluß wurde folgendes Telegramm an Noske und die Volksbeauftragten gesandt:

„Die versammelten Vertreter der deutschen Armeekorps erklären der Reichsregierung, daß sie die Politik der Gewalt um jeden Preis verurteilen und unbedingt fordern, daß nicht um kleinlicher Kompetenzkonflikte willen das Blut deutscher Genossen vergossen wird. Sie fordern die Zurücknahme der Truppen, die nach Bremen entsandt sind und den Vergleich auf der Grundlage der vom 19. Armeekorps gemachten Vorschläge." Es wurde beschlossen, am Sonntag im Abgeordnetenhause einen **selbständigen Kongreß** zu eröffnen, der zu den politischen und militärischen Fragen Stellung nehmen soll. Des weiteren wurde vom Soldatenrat **Frank** ein Entwurf zur Erörterung gestellt, der die **Regelung der Kommandogewalt** nach den Wünschen der Soldatenräte zum Inhalt hat. Unter den in diesem Entwurf ausgeführten Punkten sind 3 besonders wichtig: 1. Die Kommandogewalt wird von der Reichsregierung dem Kriegsminister und dem Soldatenrat des Kriegsministeriums übertragen. — 2. Die Führer sind gemeinsam mit dem Soldatenrat ihren Formationen für ihre Handlungen verantwortlich. — 3. Über Beschwerden urteilt das Generalkommando mit dem Korpssoldatenrat. Als erster Redner ergriff Unterstaatssekretär Göhre das Wort. Die Verordnung habe nicht den Zweck, eine Neuregelung für das künftige Volksheer zu geben, von dem wir noch gar nicht wissen, ob die Entente es uns überhaupt gestatten wird. Sie gelte lediglich für die **Reste des ehemaligen Feldheeres**. Sie bezwecke ausdrücklich die **Eingliederung, die Legalisierung der in den ersten Revolutionstagen spontan entstandenen Soldatenräte**. Man habe es heute **vielfach mit Soldatenräten zu tun, die völlig in der Luft hingen, weil sie überhaupt keine Leute mehr hinter sich hätten**. Göhre führte weiter aus: „Wir im Kriegsministerium sind in unserer Arbeit sehr gehindert, da die Instanzen, welche die Verordnung in die Praxis umsetzen sollen, nicht mehr vorhanden sind. Vielfach können ja auch die Soldatenräte gar nicht das leisten, was früher geschulte Offiziere geleistet haben. (Protestrufe und Lachen.) Bilden Sie sich nur nicht ein, daß das Proletariat, weil es die Revolution gemacht hat, schon alles kann. Das ist ein Größenwahn, der sich am Proletariat selbst bitter rächen wird. Das Proletariat ist kein Wunderkind. Ein Arbeiter kann nicht das leisten, was zum Beispiel ein Divisionsgeneral in seinem Fach vermag." (Beifall.) Göhre äußerte sich dahin: daß die militärische Führung und Ausbildung lediglich in der Hand eines Führers liegen dürfe. Die Soldatenräte seien die politische Kontrolle der Führer. In diesem Sinne seien sie als Kontrollorgan Vorgesetzte der Offiziere. Sie hätten die Pflicht, jede Willkür des Führers zu unterbinden. In der Führung der Truppen aber seien sie dem Führer unbedingt untergeordnet. Göhre sprach dann doch ausführlich über die Möglichkeit, Mannschaften des späteren Friedensheeres in Offiziersstellung einrücken zu lassen, und schlug vor, Neuwahlen für die Soldatenräte vorzunehmen.

Die Ereignisse in Bremen.

* Ein vom Sonntag datierter Bericht aus Bremen meldet: Der **Bahnhof von Geestemünde** wurde gestern um Mitternacht **ohne Widerstand besetzt**. Um 7 Uhr früh rückten die Truppen ein. Mit ihnen zusammen arbeitet die **3. Matrosen-Artillerie** und **sperrte die Stadt gegen Norden ab**. Von Bremen aus war das **Minensuchboot M. 120** abgefahren. Die Marinebrigade legte sich vor die große Kanalschleuse, um die Abfahrt der dort liegenden Minensucher zu verhindern. Es wurden von letzteren etwa 100 Mannschaften festgesetzt, später aber wieder entlassen. Es herrscht völlige Ruhe.

Unterm 9. d. M. meldet Bösmanns Bureau: Die **Besetzung Bremerhavens** ist **kampflos** in der Nacht vom 8. zum 9. Februar durch die 2. Landesschützenbrigade (Major Stobbe) durchgeführt worden. Widerstand wurde von keiner Stelle geleistet. Von den Angehörigen der Minensuchbootflottille wurden 80 Mann festgesetzt. Auch der Führer des Soldatenrates, Armgart, ist festgenommen worden

Badischer Teil.

** Dem Ernst der Zeit und unserer allgemeinen Notlage würde es nicht entsprechen, wenn in diesem Jahre Faschingsvergnügungen irgend welcher Art zugelassen würden. Das Ministerium des Innern hat deshalb durch eine Verordnung die Abhaltung jeglicher Faschingsvergnügungen, sowie das Tragen von Masken und Verkleidungen verboten. Zuwiderhandelnde würden festgenommen und bestraft werden. Alle einsichtigen Kreise werden ersucht, die Behörden bei ihrem Vorgehen zu unterstützen.

Erweiterung des Murg-Kraftwerkes.

* Unter Hinweis auf die sich immer beängstigender gestaltenden Verhältnisse der Kohlenversorgung, die eine möglichst ausgiebige Ausnützung der noch freien Wasserkräfte des Landes erheischen, hat der Karlsruher Stadtrat, wie wir bereits berichteten, das Ministerium des Innern ersucht, die Arbeiten zum weiteren **Ausbau des Murg-Kraftwerkes** in Angriff zu nehmen, zumal hierdurch eine in der gegenwärtigen Zeit des größten Arbeitsmangels besonders wertvolle Gelegenheit zur **Beschäftigung Erwerbsloser** geschaffen würde, sowohl unmittelbar durch Gewährung von Arbeit an Ort und Stelle, als auch mittelbar durch Erteilung von Aufträgen zur Lieferung von Baustoffen an die Industrie. Nach Ansicht des Stadtrats sollte zunächst als Vorarbeit für die Bauarbeiten am Murgwerk der noch unausgeführte Teil der badischen Murgtalbahnstrecke von Raumünzach bis zur Landesgrenze gemäß dem Gesetze vom 28. Mai 1900 hergestellt werden. Das Ministerium ist daher weiter ersucht worden, mit dem Verkehrsministerium dahin ins Benehmen zu treten, daß möglichst bald die badische Murgtal-Bahnstrecke fertig gestellt wird, was große volkswirtschaftliche Vorteile namentlich dann im Gefolge hat, wenn die württembergische Regierung veranlaßt werden kann, auch die württembergische Strecke zwischen **Landesgrenze und Klosterreichenbach**, die vereinbarungsgemäß schon fertig sein sollte, alsbald in Angriff zu nehmen. In diesem Sinne hat der Stadtrat auch eine Vorstellung an das Bad. Verkehrsministerium gerichtet.

Wie in der letzten Stadtratssitzung bekanntgegeben wurde, teilte das Ministerium des Innern hierauf mit, daß die **maßgebenden Stellen** mit der Frage des weiteren Ausbaues des Murgwerkes bereits beschäftigt seien, die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues die **Ausarbeitung der hierzu erforderlichen Pläne bereits in Angriff genommen** habe und daß es wegen der Weiterführung der Murgtalbahn von Raumünzach bis zur badischen Landesgrenze mit dem Verkehrsministerium ins Benehmen getreten sei.

Ueber einen süddeutschen Zusammenschluss.

Die **württembergische Handelskammer Ulm** erörterte in ihrer letzten Sitzung eingehend die Frage eines engeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenschlusses der südwestdeutschen Staaten, **Württemberg, Baden, Hessen, Rheinpfalz**. Für den Zusammenschluß wurde, so berichtet die „Bad. Landesztg.", geltend gemacht, daß ein politisch **geschlossenes Südwestdeutschland** innerhalb der Republik des Deutschen Reiches seine Interessen, darunter auch wirtschaftliche, erfolgreicher zur Geltung bringen könne, als wenn es in seiner bisherigen politischen Zersplitterung beharre. Dies wäre sowohl der Fall,

es bisher war, als wenn der unwahrscheinliche Fall eintrete, daß sich Preußen nach Volksstämmen und wirtschaftlichen und geschichtlichen Rücksichten in eine Anzahl Freistaaten auflöse. Neben dem Großstaat Preußen würden in dem neuen Deutschen Reiche Bayern, Sachsen und wohl ein geschlossenes Deutsch-Österreich bestehen. Gegenüber diesen großen Bundesstaaten bedürfe es eines politisch geschlossenen Südwestdeutschlands. Zugleich wurde ein engerer politischer Zusammenschluß ganz Süddeutschlands also mit Einschluß von Bayern, befürwortet, um gegenüber Preußen und dem neu hinzukommenden Österreich ein entsprechendes Gewicht in die Wagschale legen zu können. Von einem derartigen engeren politischen Zusammenschluß wird die günstige wirtschaftliche Folge erwartet, daß sich Handel und Industrie in dem politisch zusammengeschlossenen Gebiet an den öffentlichen Vergebungen mit mehr Aussicht auf Erfolg beteiligen können und daß innerhalb dieses Gebiets der bisher befolgte Grundsatz aufgegeben wird, daß bei öffentlichen Vergebungen in erster Linie Handel und Industrie des Landes berücksichtigt werden. Auch für die Lösung großer Verkehrsfragen auf dem Gebiet der Bahnen und des Wasserstraßenbaues verspricht man sich von einem solchen politischen Zusammenschluß Vorteile. Von einem Zusammenschluß von ganz Süddeutschland, Bayern eingeschlossen, erhofft man insbesondere auch für das ganze württembergische Grenzgebiet beträchtliche wirtschaftliche Vorteile. Es wurde allerdings auch eine Reihe von Bedenken geltend gemacht, u. a. wurde darauf hingewiesen, daß die an der Wasserstraße des Rheins gelegene badische Industrie gegenüber der württembergischen Industrie wesentliche Vorteile in bezug von Rohstoffen habe, ein Vorsprung, der durch keinen Zusammenschluß ausgeglichen werden kann."

Zu der gleichen Frage nimmt auch die Konstanzer „Freie Stimme" das Wort. Sie bemerkt dabei u. a., daß der Vorschlag des Rektors Dr. Magirus, in das neu zu bildende Land Schwaben nicht aus ganz Württemberg und den schwäbischen Teil Bayerns, sonderns auch ganz Baden einzubeziehen, die gebotenen Grenzen nicht genügend innehalte, wenn er meine, es werde „keine Schwierigkeiten haben", auch das nördliche Baden in das Land Schwaben einzubeziehen. Vor allem aber, so sagt die „Freie Stimme" zum Schluß, sei eines nötig: „Alle Eifersucht und alle kleinliche Gehässigkeit, wie sie zwischen Württemberg und Baden leider in der Zeit seit ihrer endgültigen Schaffung (1815) groß gezogen worden und gang und gäbe geworden sind, müßten zielbewußt unterdrückt und ausgerottet werden. Und mir scheint, daß da die Württemberger, denen ihr kleines „königlich" dem großherzoglichen Baden gegenüber leicht etwas Überhebliches verliehen hat, den Anfang machen müßten und die Grenze gegen das schwäbische Nachbarland auch im persönlichen Verhalten erst einmal einreißen müßten! Das ist nicht so einfach, wie die neuen Staatengründer sich das wohl vorstellen!"

Die Franzosen im Gebiet von Kehl.

* Wie das „Offenburger Tagblatt" aus dem von den Franzosen besetzten Brückenkopfgebiet Kehl erfährt, empfindet die Bevölkerung die feindliche Invasion sehr drückend. Vor allem beklagt man sich darüber, daß gerade kleinere Leute außerordentlich starke Einquartierung bekommen haben. So hat z. B. ein einfacher Arbeiter in Kork 15, ein Bahnwart 14 schwarze Soldaten unterzubringen. In Leutesheim liegen 500 Kavalleristen mit Pferden. In Kehl ist die Kaserne gesteckt voll. Die Franzosen erlassen stündlich neue drakonische Bestimmungen. Eine Verordnung, die überall angeschlagen wurde, enthält allein 37 Paragraphen. Die Strafen sind von geradezu barbarischer Strenge. Entlassene, jetzt nach Hause zurückkehrende Soldaten werden auf der Landstraße abgefaßt und interniert. Viele Familien haben die Heimkehr ihrer Söhne dieser Tage erwartet und sind nun ohne jegliche Nachricht von denselben. Von abends 8 bis morgens 6 Uhr darf sich niemand auf der Straße blicken lassen. Der Verkehr von einer Ortschaft zur andern ist sehr erschwert, nach dem Elsaß ist er gesperrt. Briefe können innerhalb des Brückenkopfgebiets nach vorhergehender Zensur befördert werden. Die Ausweisungen aus dem Elsaß nehmen ihren Fortgang. Die unglücklichen Flüchtlinge düfen sich in Kehl nur 12 Stunden aufhalten und werden dann mit der Bahn, mit Wagen und zu Fuß wieder abgeschoben. Wie man erzählt, wurde auch ein Lederfabrikant aus Straßburg ausgewiesen, obwohl er zur Feier des französischen Einzugs 1½ Millionen gestiftet hatte. Die „Kehler Zeitung" erscheint noch, ist aber ganz auf französische Meldungen angewiesen. Über das Verhalten der Soldaten und Offiziere kann im allgemeinen nicht geklagt werden. Die deutsche Bevölkerung ist zurückhaltend. Die Franzosen meinen, daß die deutschen Mädchen viel besser seien, als die elsässischen. Die meisten Wirtschaften und Hotels sind geschlossen.

BC. **Wieblingen bei Heidelberg**, 5. Febr. Der Bürgerausschuß verhandelte in seiner letzten Sitzung über die **Eingemeidung Wieblingens in Heidelberg**. Die Verhandlungen ergaben, daß eine große Geneigtheit für eine Vereinigung von Wieblingen mit Heidelberg besteht, allerdings nur auf der Grundlage, daß jeder Gemeindeverband gleiches Interesse an der Vereinigung hat.

oc. **Heiligkreuz** b. Weinheim, 9. Febr. Das langjährige Mitglied der Zweiten Kammer, Landwirt Valentin **Müller** ist im Alter von 62 Jahren an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben: Seit dem Jahre 1899 hat der Entschlafene der Zweiten Kammer angehört. Viele Jahre hindurch war er auch Schriftführer der Zweiten Kammer und in verschiedenen Ausschüssen tätig.

oc. **Waldkirch**, 6. Febr. Der Redakteur der „Waldkircher Volkszeitung", Hermann **Heckmann**, ist in Herrenalb, wo er von einem schweren Herzleiden Erholung suchte, gestorben. Der Entschlafene war 30 Jahre hindurch journalistisch tätig, seit 1911 an dem hiesigen Zentrumsblatt. Im vorigen Jahr wurde sein Name viel genannt in Verbindung mit der Zeugniszwangshaft-Angelegenheit, die damals auch die 2. Kammer beschäftigt hat.

B.C. **Konstanz**, 7. Febr. Ein Flugzeug kam am Mittwoch nachmittag 4 Uhr auf dem Exerzierplatz an. Es hatte, wie die „Konstanzer Zeitung" berichtet, unter Führung von Leutnant Dingler (Beobachter Leutnant Wentscher) den über 300 Kilometer langen Luftweg von München in zwei Stunden zurückgelegt. Die hiesige Station besitzt nun bereits zwei Flugzeuge und wird ihre Tätigeit aufnehmen, sobald die nötigen Ersatzteile und Werzeuge zur Stelle sind.

Badische Zeitungsstimmen.

„Ansiedlung und Landarbeit." Zum neuen Ansiedlungsgesetz meint der „Volksfreund":

„Wenn es in dem Geiste durchgeführt wird, in dem es erlassen ist, so werden seine segensreichen Wirkungen noch nach Generationen zu spüren sein. Aber das Gesetz hilft uns nicht aus der momentanen Verlegenheit. Die Mehrerzeugung von landwirtschaftlichen Gütern infolge erhöhter Ansiedlung kann sich erst nach einer Reihe von Jahren bemerkbar machen. Ehe Brache in Kulturland verwandelt ist, ehe Moor- und Sumpfboden urbar gemacht ist, vergeht geraume Zeit. Für uns aber handelt es sich zunächst darum, das kommunale Ernährungsjahr zu überstehen. Die Ernte des Jahres 1919 kann durch die Ansiedlung noch nicht beeinflußt werden. Und doch hängt unendlich viel davon ab, daß sie besser ausfällt als die von 1918 und 1917, denn nur dadurch kann auf eine baldige Besserung des jetzigen schlechten Ernährungszustandes gerechnet werden. Aber dafür ist Voraussetzung, daß viele hunderttausende Arbeitskräfte auch ohne sofortige Ansiedlung zunächst als einfache Arbeiter auf das Land hinausgehen. Das Wort: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, bekommt für das deutsche Volk einen besonderen Sinn, es heißt jetzt: **„Wenn Ihr nicht landarbeitet, dann werdet Ihr bestimmt nichts essen."** An dieser harten Tatsache ändern alle Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten nichts, welche der Übersiedlung auf das platte Land für den Einzelnen mit sich bringt; alles Klagen über schlechte Unterkunft, die mangelhafte Bekleidung usw. mag an sich ganz berechtigt sein, aber trotz alldem bleibt es dabei, daß wir nichts zu essen haben werden, wenn auf dem Lande nicht gearbeitet wird. Man kann aber denen, welche das Opfer der Landarbeit trotz ungünstiger Begleitumstände auf sich nehmen, dadurch einen Ausgleich, eine gerechte Belohnung schaffen, daß sie bei **der Vergebung von Ansiedlungsstellen zunächst berücksichtigt** werden. Wie wir hören, besteht eine solche Absicht bereits an maßgebender Stelle. Wer also jetzt aufs Land geht, dem winkt **als Lohn ein eigenes Heim und eigener Besitz."**

„Die Volkskontrolle". Unter dieser mit dem Untertitel „Ein Kapitel zum Kommunalverband" versehenen Überschrift unterzieh der „Volksfreund" die Art, in der die alten herrschenden Gewalten die Aufgabe einer gemeinwirtschaftlichen Verwaltung und Verteilung der notwendigsten Bedarfsartikel zu lösen versuchten, einer scharfen Kritik. Leitung und Verwaltung hätten vielfach in den Händen von „geschäftstüchtigen" Unternehmern gelegen, die das ihnen anvertraute öffentliche Amt hauptsächlich als Gelegenheit zum Geschäftemachen für die eigene Tasche betrachten und aus dem „Ehrenamt" eine gute Pfründe zu machen wußten. So sei im Volke ein tiefes Mißtrauen gegen diese „Schiebergesellschaft" entstanden, das jetzt zu einer Propaganda für den freien Handel ausgebeutet werde. Im Anschluß daran erklärt das Blatt, das Volk wolle und dürfe sich die Kontrolle der Lebensmittel und Bedarfsartikel nicht mehr aus der Hand nehmen lassen, um sie in die Hände der privategoistisch wirtschaftenden Kapitalisten zurückzulegen. Aufgabe sei es vielmehr, im neuen Geiste der Revolution, die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen auszubauen u. rücksichtslos dem alten Schieber- und Geschäftsgeist aus diesen Unternehmen herauszutreiben. Es werde ein tüchtiges Stück Arbeit kosten, bis dies hohe Ziel erreicht sein werde: „Umfangreiche „Personalveränderungen" sind notwendig; die Leute, die die Not des Krieges durch ihr Ämtchen beim „Kommunalverband", bei der und jener „Kriegsgesellschaft" usw. ausgebeutet haben, müssen mit Schimpf und Schande davongejagt werden. Es gibt deren viel im Lande, die den Zorn des betrogenen Volkes in diesem Punkte zu fürchten haben. Die „Amnestie" der Revolution soll für solche Ausbeuter nicht gelten. Das wird eine gründliche Arbeit geben. Was wir aber sofort durchführen können, ist eine Forderung, die eine selbstverständliche Voraussetzung der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsweise ist: die **öffentliche und weitgehende Volkskontrolle."** Der Artikel fordert, daß **jeder Kommunalverband einen fortlaufenden eingehenden Bericht der Öffentlichkeit gegenüber ablege**, in dem alle erfaßten Lebensmittel und Bedarfsartikel nach Maß, Zahl oder Gewicht anzugeben und der Verteilungsplan bekannt zu geben sei. „Es muß jetzt jedem Einzelnen zum Bewußtsein gebracht werden," so schließt der Artikel, „daß wir in einer wirtschaftlichen Gemeinschaft leben und jede schieber- und wucherartige Geschäftstüchtigkeit ein Verbrechen am Eigentum der Allgemeinheit ist: der neue Diebstahlbegriff des Sozialismus ist in dieser Richtung weitumfassender, als der alte, der in der Hauptsache nur das heilige Privatkapital schützte."

Aus der Landeshauptstadt.

Städtisches Konzerthaus.

* Im Städtischen Konzerthaus gab es gestern ein vergnügtes Wiedersehen mit der vor zwei Jahren wiederholt, wenn auch ohne besonderen Erfolg, gespielten Kalmanschen Operette „Die Csardasfürstin". Ist der Kunstwert des lustigen Werkes natürlich auch heute nicht höher einzuschätzen, als jener der großen Mehrzahl seiner Gattung, so zeigte der Abend doch, daß Stücke dieser Art mit der guten oder schlechten Rollenbesetzung stehen und fallen. Diesmal waren die Hauptpartien Darstellern und Sängern anvertraut, an denen man seine Freude haben konnte. Herr Neugebauer gab den Fürsten Edwin mit Temperament und wirklicher Eleganz; sein Gesang war von einer Frische, einem Wohllaut und einer Ausgeglichenheit, wie man sie in Operettenaufführungen leider selten genug zu hören bekommt. Eine ausgezeichnete Leistung bot auch Frl. Friedrich als Silva Varescu. Ihre sympathische Gesangskunst, ihr flottes und natürliches Spiel und ihre geschickte Art, sich zu kleiden, vereinigten sich zu prächtiger Gesamtwirkung. Frl. Laschinger, die in der Zeit ihres Hierseins mit merklichem Erfolg an der Ausbildung ihrer Stimmmittel arbeitete und sich nach und nach auch eine zufriedenstellende darstellerische Gewandtheit aneignet, gab die Baronesse Stasi gesanglich gut und mit liebenswürdiger Natürlichkeit im Spiel. Den Grafen Boni verkörperte Herr Helmut Felsner als Gast. Es war eine Leistung, die nichts verdarb, aber auch nicht gerade besonders für ein Engagement des Künstlers sprach. Herr Felsner hat zweifellos singen gelernt, sein Tenor klingt ganz annehmbar, ist aber nicht von großer Tragkraft und entbehrt des besonderen, persönlichen Klangreizes. Auch seiner Darstellung fehlt der bezaubernde Charme, der von einem wirklich guten Operettentenor verlangt werden muß und den wir besonders im letzten Sommer an Herrn Glaser so oft zu beobachten Gelegenheit hatten. Angesichts der geradezu unbegreiflichen Mißgriffe, die in den Engagements der letzten Jahre zum Teil begangen wurden, ist vor einer etwaigen übereilten Anstellung mit verdoppeltem Nachdruck zu warnen. — Die übrigen Mitwirkenden trugen nach Kräften zum Gelingen der von Herrn Schweppe musikalisch, von Herrn Norden szenisch geleiteten flotten und humorvollen Aufführung bei.

Aus den Stadtratssitzungen vom 6. und 7. Februar 1919.

Straßenbahn nach Knielingen. Die Verhandlungen mit der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues über die Durchführung der städtischen Straßenbahn auf der Landstraße nach Knielingen haben nun zu dem Ergebnis geführt, daß die Benützung der Straße hierfür gestattet werden soll unter Wegfall der zuletzt verlangten Pflasterung der Straße auf städtische Kosten. Das städtische Bahnamt ist mit der Ausarbeitung der Pläne beschäftigt.

Gewinnung weiteren landwirtschaftlichen Geländes für die Stadt. Zwecks Erfassung aller Möglichkeiten zum Hervorbringen landwirtschaftlicher Erzeugnisse hat der Stadtrat u. a. auch ins Auge gefaßt, den bisherigen Exerzierplatz im Hardtwald, der künftig für militärische Zwecke nach seiner Ansicht nicht mehr in ganzem Umfange benötigt werden wird, landwirtschaftlich auszunützen. Auf die Anfrage, ob und unter welchen Bedingungen der Platz zu diesem Zweck an die Stadtgemeinde verpachtet werden könne, übersendet die Generalintendanz der Großh. Zivilliste Abschrift einer Mitteilung der Reichsvermögensverwaltung, an die der Exerzierplatz verpachtet ist, wonach das Generalkommando XIV. Armeekorp trotz voller Würdigung des Planes der Stadt zunächst nicht in der Lage ist, auf einzelne der vor dem Kriege bestehenden Übungsplätze oder auch Teile davon zu verzichten. Damit wird dieser Plan vorerst hinfällig.

Gartenstadt Grünwinkel. Unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Bürgerausschusses stimmt der Stadtrat der Beteiligung der Stadtgemeinde Karlsruhe an der neu gegründeten Gartenvorstadt Grünwinkel, e. G. m. b. H., durch Übernahme von Geschäftsanteilen bis zum Höchstbetrage von 40 000 M. und der Überlassung von städtischem Gelände bei Grünwinkel an die Genossenschaft im Erbbaurecht zu.

Gartenstadt Karlsruhe. Die Gartenstadt Karlsruhe, e. G. m. b. H., beabsichtigt, wieder eine größere Anzahl Einfamilienhäuser bei Rüppurr zu erbauen. Auf deren Ansuchen beschließt der Stadtrat, unter Vorbehalt der Zustimmung des Bürgerausschusses, das Vorhaben durch Übernahme von weiteren Geschäftsanteilen im Gesamtbetrage von 20 000 M. auf die Stadtgemeinde zu unterstützen.

Im Karlsruher Bezirksverein des Vereins deutscher Ingenieure hielt am 3. d. M. Herr Geheimer Oberbaurat **Courtin** einen Vortrag über **„Raumbemessung der Eisenbahnfahrzeuge"**. Der Redner besprach in ungemein klarer und leicht faßlicher Weise an Hand von Zeichnungen und Modellen die bei der Fahrt im gekrümmten Gleis eintretenden Kräftewirkungen und Bewegungen der Wagen, die deshalb erforderlichen Breiteneinschränkungen der Fahrzeuge, die Bedingungen für das Zustandekommen des Wagens größten Rauminhalts, die infolge der Querverschiebung der Puffer für Faltenbalg — D-Wagen nötigen räumlichen Beschränkungen, alle einschlägigen Bauvorschriften, das Vorgehen beim Entwerfen von Wagen, und führte zum Schluß einen den ältesten Fahrzeugen der badischen Bahn (1840) nachgebildeten Modellzug vor, unter Schilderung der damaligen recht spärlichen Reisebequemlichkeiten.

Staatsanzeiger.

Die vorläufige badische Volksregierung hat unterm 28. Januar d. J. den Werkstättevorsteher Max **Fischer** in Karlsruhe zum Oberbausekretär ernannt.

Die badische vorläufige Volksregierung hat am 25. Januar d. J. beschlossen, dem Privatdozenten an der Universität Freiburg Dr. Walter **Merk** den Titel eines außerordentlichen Professors zu verleihen.

Die badische vorläufige Volksregierung hat die Forstmeister Freiherr Richard **von Bodman** in Lahr und Julius **Fischer** in Ettlingen ihrem Ansuchen entsprechend wegen vorgerückten Alters, unter Anerkennung ihrer langjährigen treuen Dienste und unter Verleihung des Titels Forstrat, auf 1. April 1919 in den Ruhestand versetzt.

Die vorläufige badische Volksregierung hat mit Beschluß vom 21. Januar d. J. den Rechnungsrat Karl **Wagner** in Karlsruhe auf Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste auf 1. April d. J. in den Ruhestand versetzt.

Vom Ministerium der Justiz ist unterm 24. Januar d. J. Gerichtsassessor Dr. Kurt **Schwab** aus Frankenthal als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim mit dem Wohnsitz in Mannheim zugelassen worden.

Vom Ministerium der Justiz ist unterm 21. Januar d. J. Gerichtsassessor Dr. Karl **Offenbächer** aus Mannheim als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim mit dem Wohnsitz in Mannheim zugelassen worden.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 1. Februar d. J. die Eisenbahnassistenten Wendelin **Glaser** und Joseph **Kiefer** in Rastatt zu Eisenbahnsekretären ernannt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat die Eisenbahnsekretäre: Otto **Grimmer** in Weil-Leopoldshöhe nach Wyhlen, Wilhelm Hack in Karlsruhe nach Freiburg, Joseph **Faißt** in Haufach nach Kenzingen und Hermann **Bangert** in Karlsruhe nach Durmersheim versetzt.

Verordnung.

Im Hinblick auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse wird auf Grund des § 360 Ziff. 11 R.St.G.B. und die §§ 29 und 30 des badischen P.St.G.B. mit sofortiger Wirkung für die diesjährige Faschingszeit folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Veranstaltung von Faschingsvergnügungen jeder Art, insbesondere von Aufzügen, Maskenbällen und sogen. karnevalistischen Konzerten wird untersagt.

§ 2.

Das Tragen von Masken, Verkleidungen oder karnevalistischen Abzeichen durch Erwachsene und Kinder auf öffentlichen Straßen, Plätzen und an anderen öffentlichen Orten, sowie in geschlossenen Gesellschaften ist verboten.

Zuwiderhandelnde haben neben Bestrafung ihre Festnahme durch die Polizeibeamten zu gewärtigen.

§ 3.

Das Verkaufen von Faschingszeitungen sowie von Fastnachtsscherzartikeln aller Art ist verboten.

§ 4.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Karlsruhe, den 8. Februar 1919.

Ministerium des Innern.

J. V.: Geiß. Dr. Schühly.

Bekanntmachung

über die Freigabe des Absatzes von Dörrobst.

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verarbeitung von Gemüse und Obst vom 23. Januar 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 46) geben wir den Absatz von Dörrobst aller Jahrgänge durch den Erzeuger wie durch den Handel hierdurch frei.

Diese Bekanntmachung tritt an dem auf ihre Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger folgenden Tage in Kraft. Unsere Bekanntmachung über den Absatz von Dörrobst vom 20. Dezember 1918 tritt zu gleicher Zeit außer Geltung.

Berlin, den 13. Januar 1919.

Kriegsgesellschaft für Obstkonserven und Marmeladen m. b. H.

Dr. Lehmann. Klein.

Die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber durch die Stadtgemeinde Mannheim betr.

Der Stadtgemeinde Mannheim ist durch Entschließung vom Heutigen im Einvernehmen mit dem Ministerium der Justiz und dem Ministerium der Finanzen die Genehmigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber im Nennwert von 20 000 000 M. sowie zur Ausgabe der zugehörigen Zinsscheine erteilt worden.

Karlsruhe, den 5. Februar 1919.

Badisches Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Weingärtner. Riegger.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Nachruf.

Nach kurzem schweren Leiden verstarb gestern der

Stadt- und Konferenzrabbiner

Dr. Meier Appel.

Erfüllt von tiefem religiösem Empfinden und von der hohen Bedeutung seines verantwortungsvollen Berufs durchdrungen, hat er während nahezu 25 Jahren unserer Gemeinde als geistliches Oberhaupt vorgestanden. Unseren Mitgliedern war er allezeit ein treuer bewährter Seelsorger, den Armen und Dürftigen stets ein hilfsbereiter, tatkräftiger Berater, der Jugend ein Vorbild charakterstarken Wesens und ernster Pflichterfüllung.

Wir bedauern aufs Schmerzlichste den Heimgang des trefflichen Mannes.

Sein Andenken wird immerdar in unserer Gemeinde fortleben.

Karlsruhe, den 9. Februar 1919.

Der Synagogenrat.

Preußischer Beamten-Verein in Hannover

Lebensversicherungsanstalt für alle deutschen Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten, Geistlichen, Lehrer, Lehrerinnen, Rechtsanwälte, Ärzte, Tierärzte, Apotheker, Ingenieure, Architekten, Techniker, kaufmännische Angestellte und sonstige Privatangestellte.

Versicherungsbestand 434448998 M.
Vermögensbestand 193316951 M.

Alle Gewinne werden zugunsten der Mitglieder der Lebensversicherung verwendet. **Die Zahlung der Dividenden, die von Jahr zu Jahr steigen und bei längerer Versicherungsdauer mehr als die Jahresprämie** betragen können, beginnt mit dem ersten Jahre. **Die für die ganze Dauer der Lebens- und Rentenversicherungen zu zahlende Reichsstempelabgabe von ½% der Prämie trägt die Vereinskasse.** Betrieb ohne bezahlte Agenten und **deshalb niedrigste Verwaltungskosten.**

Wer rechnen kann, wird sich aus den Drucksachen des Vereins davon überzeugen, daß der Verein sehr günstige Versicherungen zu bieten vermag und zwar auch dann, wenn man von den Prämien anderer Gesellschaften die in Form von Bonifikationen, Rabatten usw. in Aussicht gestellten Vergünstigungen in Abzug bringt. **Man lese die Druckschrift: Bonifikationen und Rabatte in der Lebensversicherung.**

Zusendung der Drucksachen erfolgt auf Anfordern kostenfrei durch

Die Direktion des Preußischen Beamten-Vereins in Hannover.

Bei einer Drucksachen-Anforderung wolle man auf die Ankündigung in diesem Blatte Bezug nehmen.

Badisches Landestheater.

Im Konzerthaus:

Montag, den 10. Februar 1919 (Mo. 20.):

Mitarbeiter – Die Provinzialin – Literatur

Anfang 7 Uhr — Ende ¾10 Uhr

Dienstag, den 11. Februar 1919 (Die. 21.):

Cavalleria rusticana — Der Bajazzo

Anfang ½7 Uhr — Ende ½10 Uhr

Mittwoch, den 12., abends ½7 Uhr als Benefizvorstellung für die Pensionsanstalt des Landestheaters „Die Csárdasfürstin" (nicht Liebe im Schnee).

Tierschutzverein Karlsruhe.

Die 43. ordentliche Hauptversammlung des Tierschutzvereins Karlsruhe findet am **Mittwoch, den 12. Februar d. J., abends punkt 8 Uhr,** im Nebenzimmer der **„Vier Jahreszeiten"**, Hebelstr. 21, mit folgender Tagesordnung statt:

1. Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit des Vereins.
2. Bericht des Rechners über die Jahresrechnung.
3. Entlastung des Vereinsvorstandes und des Rechners auf Grund des Berichts der Rechnungsprüfer.
4. Wahl zweier Rechnungsprüfer.
5. Anträge und Wünsche.

Wir laden unsere Mitglieder und Freunde des Tierschutzes hierzu herzlichst ein.

Karlsruhe, den 21. Januar 1919. F.888.2.1

Der Vorstand: Friedrich Worret.

Rückgabe von Entlassungsanzügen.

Das Kriegsministerium hat sich damit einverstanden erklärt, daß **brauchbare Entlassungsanzüge,** die den Mannschaften bei ihrer Entlassung verabfolgt worden sind, durch die Militärverwaltung zurückgekauft werden können. Z.519.3.

Die Bekleidungsstücke werden von jedem Bezirkskommando oder Truppenteil gegen Erstattung des Abschätzungswertes in Grenzen der Selbstkostenpreise entgegengenommen.

Durlach, den 21. Januar 1919.

V. f. d. Gen.-Kdos.
Der Chef des Stabes:
Gudowius, Major.

Landesausschuß badischer Soldatenräte:
J. V.: Siegwarth.

Akten-, Altpapier, Zeitungen usw.

unter Garantie des Einstampfens,

Frauenhaare, Männerschnitt- und Tierhaare

Metalle, Flaschen, Lumpen

kaufen zu höchsten Tagespreisen.

Größere Mengen werden abgeholt. Günstige Ablieferungsstelle für Sammler. F.865

Zuschriften erbitten

Kerzner, Alpern, Weißmann & Co.

Karlsruhe

37 Amalienstraße 37 — Fernsprecher 3729.

Die Besitzer der bei Kriegsbeginn der Transportmittel-Abteilung des Roten Kreuzes in hochherziger Weise zur Verfügung gestellten F.977

Fahrräder

werden, soweit sie ihre Räder dem Roten Kreuz noch nicht geschenkweise überlassen haben, hierdurch aufgefordert, bis zum 1. März d. J. ihre Ansprüche auf Rücklieferung der Räder bezw. auf Schadenersatz bei der

Depot-Abteilung des Roten Kreuzes (Stefanienstraße 76 im Hof links)

geltend zu machen.

Soweit dies bis zu dem genannten Termin nicht geschieht, wird angenommen, daß die Besitzer auf Rücklieferung der durch den mehrjährigen Gebrauch stark abgenutzten Räder, sowie auf Entschädigung verzichten.

Allen denen, die durch Überlassung ihrer Fahrräder an das Rote Kreuz zum schnellen und bequemen Transport Tausender von Verwundeten mitgewirkt haben, sei hierdurch nochmals wärmstens gedankt.

Die Transportmittel-Abteilung des Roten Kreuzes.

MÖBEL!

Kompl. Wohnungsausstattungen, einzelne Zimmer- und Kücheneinrichtungen, sowie Einzelmöbel, Betten und alle Arten Polstermöbel in reicher Auswahl empfiehlt in altbekannter, guter, solider Ausführung F.928

das Möbel- und Betten-Geschäft

Ludw. Seiter, Waldstr. 7.

Gewinne 1000 Mk.

und viele kleinere Treffer fielen an meine Kundschaft in der bayr. Sanitätslotterie und werden sofort ausbezahlt. Neue Lose à 1.— der Bad Kreuz und Bad. Krieger, sowie 2 und 3 Marklose u. Preuß. südd. Klassenlose, à 10, 20, 40, u. 80 Mark, empfehle bestens

Carl Götz

Lederhandlung Lotterie Bankgeschäft, Hebelstr. 11/15 b. Rath.

Haus in sehr ruhiger Lage mit 11 Zimmern, 2½stöckig, ca. 30 qm Terrasse, Veranda, Loggia, Waschküche, Garten, Hofraum und Remise zu verkaufen. Anfragen erbeten

G. Bacher, Gipser,
Neuenbürg a. E.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

Z.694.2. **Mannheim.** Die Firma **Ernst Benrowitz** (Inh. Max Benrowitz) in Königsberg, Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte Dres. Hachenburg, Strauß u. Bing in Mannheim, klagt gegen die Firma **J. John A.-G.** in Lodz (Polen), Petrikaustr. 217, mit dem Antrage auf Verurteilung d. Beklagten zur Zahlung von 15 000 Mk. nebst 5% Zins seit 10. Oktober 1918 durch gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbares Urteil. Die Klägerin ladet die Beklagte zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die Kammer III für Handelssachen d. Landgerichts zu Mannheim auf **Donnerstag, 27. März 1919, vormittags 9½ Uhr,** mit der Aufforderung, einen bei dem gedachten Gerichte zugelassenen Anwalt zu bestellen.

Mannheim, 3. Febr. 1919

Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Z.684.2. **Durlach.** Der Ortsdiener **Jakob Walschburger** in Aue als Abwesenheitspfleger hat beantragt, den verschollenen Fabrikarbeiter **Heinrich Bräuer,** geboren am 31. Dezember 1843, zuletzt wohnhaft in Aue, für tot zu erklären

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf **Freitag den 31. Oktober 1919, vormittags 9 Uhr,** vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 25, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Durlach, 2. Febr. 1919.

Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

Verschiedene Bekanntmachungen.

Die Stelle des **Bürgermeisters** in der zusammengesetzten Gemeinde **Nollingen, Badisch Rheinfelden,** Amt Säckingen, soll alsbald durch einen F.935.2.

Berufsbürgermeister

besetzt werden.

Geeignete Bewerber wollen sich unter Bezeichnung der Gehaltsansprüche und Referenzen, Vorlage von Zeugnissen und kurzem Lebenslauf **bis 15. Februar 1919** bei unterzeichnetem Gemeinderat melden.

Nollingen, Badisch Rheinfelden, 28. Januar 1919.

Der Gemeinderat:
H. Senger.

Ratschreiberstelle.

Bei der **Stadtgemeinde Neustadt im Schwarzwald** ist die etatmäßige

3. Ratschreiberstelle

sofort zu besetzen. Anfangsgehalt 2000 Mark, Höchstgehalt 3000 Mark nebst den üblichen Kriegs- und Teuerungszulagen (760 M.). Der Ratschreiber ist gesetzliches Mitglied der Fürsorgekasse. Es können nur Personen berücksichtigt werden, die im Verwaltungsfach bei Staat oder Gemeinde gearbeitet haben. F.978

Meldungen sind bis **16. Februar** unter Vorlage von Lebenslauf und Zeugnissen beim **Gemeinderat Neustadt** einzureichen.

Jurist. Hilfsarbeiter

gesucht.

Bei der hiesigen Stadtverwaltung ist **alsbald** die Stelle eines F.980.2.1

jurist. Hilfsarbeiters

zu besetzen, dem die Arbeitsgebiete des Gemeinde-, Gewerbe- und Kaufmannsgerichts, sowie des Mieteinigungsamts übertragen werden sollen.

Bewerber aus der Zahl der Gerichts- oder Regierungsassessoren wollen ihre Gesuche, unter Beigabe eines Lebenslaufes, von Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche, bis **Samstag, den 22. ds. Mts.,** bei der unterzeichneten Stelle einreichen.

Pforzheim, 7. Febr. 1919.

Der Stadtrat.
Habermehl.

Aufruf!

Dunkles Kriegsgewölk zieht weiter herauf. Alle Hoffnungen auf den langersehnten Frieden können in den nächsten Wochen zunichte werden.

Der Bürgerkrieg tobt weiter. Es geht nicht mehr um Berlin allein. Die bolschewistische Welle droht ganz Deutschland zu überfluten.

Mit Hochdruck arbeitet der russische Bolschewismus an der Vertiefung der deutschen Revolution, um sie in einer kommunistischen Weltrevolution aufgehen zu lassen. Radek, der Propagandachef des russischen Bolschewismus, bleibt mit seinem ganzen Stab von Agenten und führenden Männern der russischen Sowjet-Republik in Deutschland, um das irregeführte deutsche Proletariat in einen neuen Weltkrieg gegen die Entente zu treiben. Die deutsche Spartakusbewegung ist nur ein Werkzeug in der Hand der bolschewistischen Auslandspolitiker.

Ueber unserer deutschen Heimat schwebt die Gefahr, daß sie beim Zusammenprall des russischen Bolschewismus mit den Staaten des Westens zum Kriegsschauplatz wird. Die bolschewistischen Heere stehen schon dicht vor Ostpreußens Grenzen.

Unter dem Druck von Osten und unter dem Druck der wirtschaftlichen Not wird im Innern Deutschlands die bolschewistische Revolution lebend erhalten. Deutschland droht sich zu spalten in West und Süd einerseits, die der Entente verfallen, und Nord und Ost andererseits, die unter den Terror des russischen Bolschewismus geraten, und beide Teile werden beim bevorstehenden Kampf als Vortrupp mißbraucht werden.

Deutschland brennt!

Aus der Not des Weltkrieges und der Revolution, aus der wirtschaftlichen Auflösung des Volkskörpers und aus der geistig-ethischen Zerfetzung der Massenseele steigt der Bolschewismus als rohe Gewalt empor, die den letzten Rest des Besten an der deutschen Vergangenheit und das Fruchtbare an der deutschen Revolution zu verschlingen droht.

Eine Rettung ist nur möglich, wenn ganz Deutschland in dieser Stunde über allen Parteihader, Standesunterschied, Klassengegensatz hinweg die Abwehr der bolschewistischen Gefahr des Ostens zum Schutze der eigenen Kultur mit aller Energie aufnimmt, wenn Deutschland im Kampfe gegen den Bolschewismus sich einig fühlt und diese Einigkeit nach Ost und West behauptet.

Deutschlands gegenwärtige Aufgabe besteht darin: der Barbarengefahr des Ostens, die in Gestalt des russischen Bolschewismus heraufzieht, mit aller Macht zu begegnen. Nur wenn wir Deutsche uns behaupten, wird die abendländische Kultur gerettet werden können.

Noch ist es Zeit!

An alle Parteien, an alle Stände, an alle Stämme des Deutschen Reiches ergeht deshalb der Ruf:

Schließt Euch zusammen!

Schafft eine Volksbewegung zum Schutze der deutschen, der europäischen Kultur, eine Liga von geistigen Kämpfern gegen den Weltbolschewismus. Setzt den deutschen Staat der sozialen und kulturellen Erneuerung der Anarchie des Ostens entgegen!

Antibolschewistische Liga

Liga zum Schutze der deutschen Kultur. Zentralbüro Berlin W 35, Lützowstraße 107.

Dr. Eduard Stadtler. — Siegfried Dierschlag.

Bankkonto der Mitteldeutschen Creditbank Depositenkasse D, Berlin, Potsdamerstraße 116.